

FRAGEBOGEN

Teilrevision des Gesetzes über die Pensionskasse Graubünden

Vernehmlassungsteilnehmer: SVP Graubünden

Adresse: Sekretariat, 7554 Sent

Datum: Sent, 10.01.2021

A. Grundsatz

Befürworten Sie das Ziel der Vorlage: die Verbesserung der Leistungen der Pensionskasse Graubünden auf ein?

Ja ☒ Nein ☐

Bemerkungen:

Der Revisionsbedarf ist ausgewiesen und wird im Erläuterungsbericht dargelegt. Daher kann das grundsätzliche Ziel unterstützt werden. Die Frage nach einem konkurrenzfähigen Niveau muss hingegen noch politisch ausdiskutiert werden. Der Vergleich mit privatwirtschaftlichen Lösungen muss zwingend noch aufgezeigt werden.

B. Elemente der Vorlage

Befürworten Sie die Erhöhung der Sparbeiträge im vorgesehenen Umfang?

Ja ☐ Nein ☒

Befürworten Sie die Anpassung des versicherten Lohnes?

Ja ☒ Nein ☐

C. Übergangslösung per 1. Januar 2022

Befürworten Sie grundsätzlich einen einmaligen Kantonsbeitrag für die dem Personalgesetz unterstellten Mitarbeitenden an die Finanzierung der Übergangslösung?

Ja ☐ Nein ☒

Befürworten Sie den vorgesehenen Umfang des einmaligen Kantonsbeitrags von 17 Millionen Franken?

Ja ☐ Nein ☒

Bemerkungen:

Ein allfällig einmaliger Kantonsbeitrag muss zwingend allen Versicherten der PK GR gutgeschrieben werden. Die PK GR respektive die Regierung des KT GR stösst die Revision des PK Gesetzes an. In den Genuss der kantonalen Zusatzfinanzierung sollen nur die Mitarbeitenden des Kantons Graubünden kommen. Dies ist nicht zu akzeptieren. Alle angeschlossenen Gemeinden und Institutionen müssen die Auswirkungen der Revision im gleichen Umfang tragen. Der Zuschuss der Einmaleinlage soll als einmalige Sanierungshilfe im Zusammenhang mit der massiven Reduktion des Umwandlungssatzes, dem gesamten Versichertenbestand zugutekommen. Daher ist der heutige Vorschlag abzulehnen.

D. Weitere Bemerkungen

Haben Sie weitere Bemerkungen, die Sie uns im Hinblick auf die weitere Bearbeitung der Revisionsvorlage mitteilen möchten?

Die Revision einer PK ist nie ein leichtes Unterfangen. Insbesondere wenn dafür einmalige Beiträge mit Steuergeldern vorgesehen werden. Wie eingangs erwähnt bestreiten wir nicht den grundsätzlichen Handlungsbedarf. Wenn in der Botschaft aber eine zu einseitige Vorlage zulasten der Steuerzahler präsentiert wird, kann von unserer Seite keine Unterstützung erwartet werden.

Bitte schicken Sie Ihre Stellungnahme vorzugsweise als PDF und Word-Dokument bis zum 10. Januar 2021 an info@dfg.gr.ch